

Hut ab!



Hochschulen. Von wegen Elfenbeinturm: Universitäten und Fachhochschulen leisten für den Wirtschaftsstandort Deutschland elementare Forschung, wie eine Auswertung der IW-Patentdatenbank zeigt. So gehen 2 Prozent aller Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland auf die hiesigen Hochschulen zurück. Kein schlechter Wert, meint IW-Forschungs- und Innovationsexperte Oliver Koppel – schließlich zählten Patentanmeldungen nicht zu den Kernaufgaben der Hochschulen. Das gilt auch für ihre Integrationsleistung: Vor allem in den MINT-Fächern bilden die technischen Universitäten in Deutschland zunehmend ausländische Studenten aus, die im Idealfall danach im Land bleiben. So tragen sie dazu bei, dass sich der Fachkräftemangel nicht noch weiter verschärft. —> [Seiten 2-7](#)

Direktinvestitionen

Die Frage, inwieweit Deutschland von dem in China investierten deutschen Firmenkapital profitiert, lässt sich mit den verfügbaren Daten nur teilweise beantworten.

—> [Seiten 10-12](#)

Nachhaltigkeit

Mit Anregungen, das eigene Verhalten zu ändern, lässt sich der Stromverbrauch im Büroalltag spürbar reduzieren. Das lohnt sich für Unternehmen auch finanziell.

—> [Seiten 14-15](#)

Erfindergeist an der Uni

Hochschulen. Deutschland braucht Innovationen, um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts zu sichern. Neben Unternehmen beheimaten auch die Hochschulen viele Erfinderinnen und Erfinder. Sie sorgen mit ihren Ideen dafür, dass neue Produkte und Geschäftsmodelle entstehen. Besonders hervor tun sich dabei die Technischen Universitäten.

Vom Früherkennungstest für Brustkrebs über den biologisch abbaubaren Akku bis zum innovativen Wurstherstellungsverfahren – die deutschen Hochschulen und Universitäten haben in den vergangenen Jahren vielfältige Erfindungen hervorgebracht.

Zwischen 2010 und 2019 – aktuellere Daten gibt es aufgrund der 18-monatigen Offenlegungsfrist von Patentanmeldungen nicht – waren 178 deutsche Hochschulen und weitere 102 angegliederte Einrichtungen an mindestens einer Patentanmeldung beteiligt.

Das geht aus einer Auswertung der Patentdatenbank des Instituts der deutschen Wirtschaft hervor, die alle Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland betrachtet – ob

das Patent nun beim Deutschen Patent und Markenamt, beim Europäischen Patentamt oder der Weltorganisation für geistiges Eigentum angemeldet wurde.

Die Auswertung zeigt auch, welche Hochschule in puncto Patente die Überfliegerin ist (Grafik Seite 3):

Mit 685 Patentanmeldungen im Zeitraum von 2010 bis 2019 liegt die Technische Universität (TU) Dresden an der Spitze der 15 patentaktivsten Hochschulen Deutschlands.

Die sächsische TU hat demnach fast alle fünf Tage ein neues Patent angemeldet.

Dahinter folgen mit einigem Abstand das Karlsruher Institut für Technologie – das bestehend aus der Karlsruher Uni und dem Forschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft

als TU gilt – und die Technische Universität München. Letztere liegt mit 384 Patentanmeldungen im untersuchten Zeitraum knapp vor der renommierten Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen – kurz RWTH Aachen –, die es somit gerade nicht auf einen Podiumsplatz schafft.

Es fällt auf, dass ausschließlich Mitglieder der TU9, dem Zusammenschluss führender Technischer Universitäten und Hochschulen – hierzu zählt auch die Stuttgarter Uni –, die vorderen sechs Plätze des Rankings belegen. Insgesamt gehen acht der 15 Spitzenplätze an die TU9.

Private Hochschulen finden sich nicht unter den Top 15. Kein Wunder, waren im untersuchten Zeitraum doch 173 der 178 patentaktiven deutschen Hochschulen in staatlicher und nur fünf in privater Trägerschaft. Der Anteil privater Hochschulen an allen Patentanmeldungen deutscher Hochschulen lag gar unter 1 Prozent.

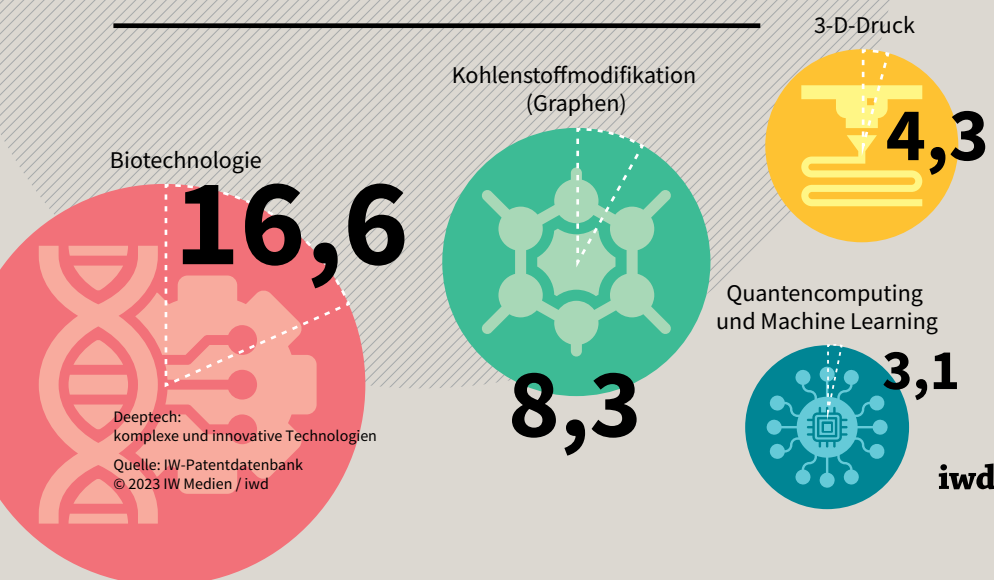
Geografisch betrachtet ist der Osten der Bundesrepublik sehr wichtig für neue Erfindungen:

Sechs der 15 deutschen Hochschulen, die im betrachteten Zeitraum am patentstärksten waren, liegen in Ostdeutschland.

Neben der TU Dresden brachten die Unis in Jena und Rostock sowie die TUs in Freiberg, Berlin und Ilmenau zahlreiche Erfindungen hervor. Zwar sind die meisten von ihnen in der unteren Hälfte der Top 15

Hochschulen treiben Deeptech voran

So viel Prozent der Patentanmeldungen in Deutschland zwischen 2010 und 2019 gingen auf deutsche Hochschulen zurück



Hochschulpatente: Die Top 15

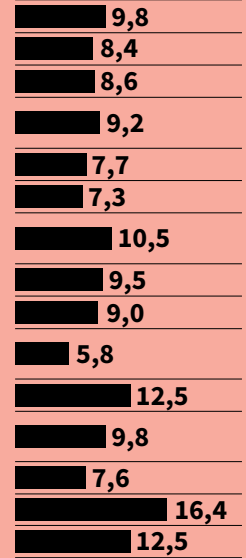
So viele Patente meldeten diese deutschen Hochschulen zwischen 2010 und 2019 an



| Hochschule | Patente | Angegliederte Institutionen |
|---|---------|-----------------------------|
| Technische Universität Dresden | 663 | 22 |
| Karlsruher Institut für Technologie | 508 | 3 |
| Technische Universität München | 360 | 24 |
| Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen | 331 | 48 |
| Technische Universität Darmstadt | 283 | 0 |
| Universität Stuttgart | 273 | 7 |
| Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg | 276 | 2 |
| Technische Universität Ilmenau | 165 | 94 |
| Albert-Ludwigs-Universität Freiburg | 194 | 49 |
| Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover | 205 | 2 |
| Universität Rostock | 169 | 26 |
| Technische Universität Bergakademie Freiberg | 189 | 0 |
| Technische Universität Berlin | 179 | 0 |
| Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg | 161 | 10 |
| Friedrich-Schiller-Universität Jena | 128 | 35 |

Patente: nationale und internationale Patente mit angestrebter Schutzwirkung für Deutschland
 Quelle: IW-Patentdatenbank
 © 2023 IW Medien / iwd

So viel Prozent der Patentanmelder waren weiblich



iwd

zu finden, dafür sind diese Bildungsstätten besonders leistungsstark: Die ostdeutschen Hochschulen verzeichneten die meisten Patentanmeldungen je Mitarbeiter, forschten also effizienter als der Rest der Hochschulen.

Die Hochschule mit dem höchsten Frauenanteil unter ihren Erfindern von 2010 bis 2019 lag in Baden-Württemberg: Mit rund 16 Prozent ging etwa jede sechste Patentanmeldung der Universität Heidelberg auf Frauen zurück. Das Schlusslicht bildet Hannover mit einem Anteil weiblicher Erfinder von nicht einmal 6 Prozent.

Insgesamt kamen im deutschen Hochschulbereich im Zeitraum von 2010 bis 2019 knapp 11 Prozent der Patentanmeldungen von Frauen.

Was sich zunächst nach wenig anhört, ist im Vergleich zum Frauenanteil an allen Patentanmeldungen in Deutschland von 5,6 Prozent im Jahr 2019 durchaus erfreulich.

Ein anderer Wert, der einer Einordnung bedarf, ist der Beitrag der

Hochschulen zu allen Patentanmeldungen in Deutschland. Im Durchschnitt lag dieser zwischen 2010 und 2019 bei 2 Prozent. Dieser vermeintlich niedrige Anteil ist vor dem Hintergrund, dass die Produktion von Patenten nicht die Hauptaufgabe von Hochschulen ist, ein solides Ergebnis.

Im Deeptech-Bereich – der Forschung an komplexen und innovativen Technologien – war der Hochschulanteil im vergangenen Jahrzehnt sogar zweistellig (Grafik Seite 2):

Hinter jedem sechsten Patent, das hierzulande von 2010 bis 2019 im Bereich Biotechnologie angemeldet wurde, stand eine Hochschule.

Auch in der Graphenforschung ging mit gut 8 Prozent ein erheblicher Anteil der Patentanmeldungen auf Hochschulen zurück. Mit Graphen sind hier keine Zeichnungen gemeint, sondern das Material Graphen, was durch seine besonderen Eigenschaf-

ten – transparent, biegsam und stabil zugleich – als möglicher Werkstoff der Zukunft gilt.

Was Innovationen im Bereich des 3-D-Drucks, des Quantencomputings oder des Machine Learnings – einem Teilgebiet der künstlichen Intelligenz (KI) – angeht, war der Hochschulanteil mit 3 bis 4 Prozent zuletzt noch relativ gering. Das liegt zum Großteil daran, dass jene erst seit Kurzem zu diesen Themen forschen. Experten rechnen damit, dass der Beitrag deutscher Hochschulen zu Patentanmeldungen in den Feldern KI, Quantencomputing und Co. in nächster Zeit steigt. Allein Bayern möchte in den kommenden drei Jahren 50 neue Professuren im KI-Bereich schaffen.

IW-Kurzbericht 34/2023

Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Wie patent sind die deutschen Hochschulen?
iwkoeln.de/hochschulpatente

Interview. Die Erfindungen der deutschen Hochschulen machen bislang etwa 2 Prozent aller Patentanmeldungen in Deutschland aus. Im iwd-Interview erklärt **Oliver Koppel**, IW-Experte für Forschung und Innovationen, warum dies ein solides Ergebnis ist und wie die Hochschulen künftig noch mehr Neheiten entwickeln können.



Foto: IW Medien

„Hochschulen und Unternehmen sollten stärker kooperieren“

Die ersten sechs Plätze des IW-Patentrankings für Hochschulen gehen allesamt an Technische Universitäten. Was machen die TUs in der Forschung besser als andere Unis und Hochschulen?

Der Vorteil der Technischen Universitäten liegt zum einen darin, dass sie überwiegend patentaffine Fächer wie Elektrotechnik oder Maschinenbau anbieten. Zum anderen profitieren sie besonders von staatlicher Forschungsförderung, erhalten vom Staat also Geld für Großforschungseinrichtungen.

Der Anteil privater Hochschulen an allen Patentanmeldungen deutscher Hochschulen lag zwischen 2010 und 2019 bei nicht einmal 1 Prozent. Warum?

Hierzulande liegt der Fokus der privaten Hochschulen eher auf Fächern aus dem Wirtschaftsbereich. Sie bilden also weniger Ingenieurinnen und Ingenieure aus und sind dementsprechend weniger patentaktiv. Außerdem wird ihre Forschung

– im Gegensatz zu der von Technischen Universitäten – nicht vom Staat gefördert. Die Stärke der privaten Hochschulen ist die berufsbegleitende Ausbildung und weniger das Patentgeschäft.

Ob privat oder staatlich – in Deutschland gehen 2 Prozent aller Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland auf die hiesigen Hochschulen zurück. Darf man sich darüber freuen?

Ja. Zwar sind die großen patentaktiven Player hierzulande Industrieunternehmen wie Bosch oder Siemens. Aber vor dem Hintergrund, dass Patentanmeldungen nicht die Kernaufgabe der Hochschulen sind – im Gegensatz zu Lehre und Grundlagenforschung –, sind die 2 Prozent hier völlig in Ordnung.

Gleichzeitig muss man allerdings sehen, dass der Anteil ausländischer Hochschulen an allen ausländischen Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland mit 3 bis 4 Pro-

zent fast doppelt so hoch ist. Getrieben wird das vor allem von den US-amerikanischen Hochschulen. Top-Universitäten wie Harvard oder das Massachusetts Institute of Technology haben bereits seit mehreren Jahrzehnten große Technologietransferzentren, aus denen immer wieder Start-ups hervorgehen. So weit sind wir in Deutschland noch nicht.

Wie ließe sich die Patentaktivität der deutschen Hochschulen steigern?

Unternehmen und Hochschulen sollten stärker und direkt miteinander kooperieren. Besonders erfolgreich ist ein Hochschulpatent dann, wenn der Transfer in die Wirtschaft funktioniert. Das hat bei BioNTech und der Uni Mainz, die zusammen an der Grundlagenforschung für den Impfstoff gegen Covid-19 gearbeitet haben, super funktioniert, geschieht aber aktuell noch zu selten in Deutschland. Davon brauchen wir mehr.

Erwünschter Dominoeffekt

Hochschulen. Deutsche Universitäten und Fachhochschulen bilden viele ausländische Studenten in innovationsrelevanten Fächern aus. Bleiben diese Menschen anschließend im Land, kann das die Zuwanderung weiterer Fachkräfte fördern.

Die deutschen Universitäten und Hochschulen leisten schon heute deutlich mehr als nur Lehre und Forschung: Sie sind für viele Zuwanderer so attraktiv, dass diese sich für ein Studium in Deutschland entscheiden und im Idealfall – so sie denn nach ihrem Abschluss bleiben und hier eine Beschäftigung aufnehmen – den Fachkräftemangel lindern. Dies ist insbesondere in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik der Fall:

Ohne ausländische Arbeitskräfte wäre die Fachkräftelücke in Deutschland um rund 386.000 Personen größer, bei akademischen Berufen um rund 101.000.

Nun haben nicht alle ausländischen Beschäftigten ihren Weg über ein Studium in Deutschland hierher gefunden, aber doch ein beträchtlicher Teil: In Deutschland leben rund 115.000 Personen im Alter zwischen

25 und 34 Jahren, die zum Studium nach Deutschland zugewandert sind und hier ihren Abschluss gemacht haben; davon sind aktuell 103.000 erwerbstätig. Mit 48,4 Prozent verfügt knapp die Hälfte dieser hier lebenden Zuwanderer über eine MINT-Qualifikation.

Viele von ihnen siedeln sich an Standorten mit technischen Universitäten (TU) an: Im September 2022 waren rund 31 Prozent der deutschen Beschäftigten in Ingenieurberufen in Kreisen mit TU-Standort tätig, unter den Ausländern belief sich der Anteil auf 43,9 Prozent.

Manche TU-Standorte stechen hervor (Grafik):

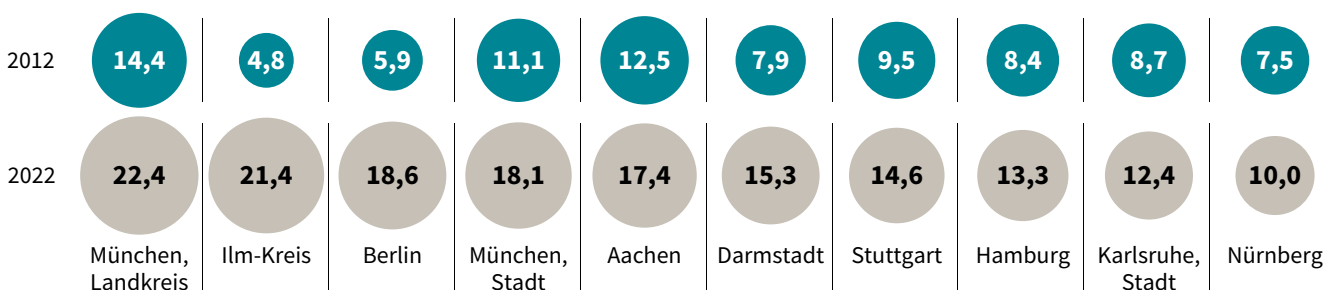
Vor allem der Ilm-Kreis, München und Berlin profitieren stark von ihren technischen Universitäten und ziehen mit Beschäftigungsanteilen von 18 bis 22 Prozent besonders viele ausländische Ingenieure an.

Zum Vergleich: Im Schnitt aller Kreise lag der Ausländeranteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ingenieure zuletzt bei rund 10 Prozent.

Langfristig geht der Effekt der Zuwanderung über die Hochschule hinaus. Denn erwerbstätige ausländische Hochschulabsolventen sind wichtige Kontakt- und Anlaufstellen für Landsleute in den Herkunftsländern. Häufig helfen in Deutschland lebende ausländische Akademiker neuen Zuwanderern beim Einstieg in Leben und Arbeit vor Ort. Daher wundert es auch nicht, dass mit dem seit dem zweiten Quartal 2020 gültigen neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das die Zuwanderungsbedingungen für Facharbeiter aus Drittstaaten verbessert hat, auch die Beschäftigung von Ausländern aus Indien, Lateinamerika oder Nordafrika in den MINT-Facharbeiterberufen zugenommen hat.

Technische Universitäten: Große Integrationskraft

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ingenieurberufen in ausgewählten Landkreisen mit technischen Universitäten hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit



2012: viertes Quartal; 2022: drittes Quartal
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Jeder Student ein König

Private Hochschulen. Obwohl sie Studiengebühren verlangen, werden die mehr als 100 privaten Hochschulen in Deutschland immer beliebter. Was ihre Attraktivität ausmacht, hat nun das IW erstmals empirisch untersucht.

Jede Uni wirbt mit berühmten Absolventen. In Deutschland traf dies bislang vor allem auf staatliche Einrichtungen zu, da es in der Nachkriegszeit schlichtweg kaum private Hochschulen gab. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die älteste private Hochschule Deutschlands, die bereits 1816 in Bochum gegründete Technische Fachhochschule Georg Agricola. Erst seit der Jahrtausendwende ist eine etwas größere Zahl privater Einrichtungen entstanden.

Laut Statistischem Bundesamt gab es im Jahr 2021 in Deutschland 114 private Hochschulen.

Mit 86 sind der überwiegende Teil Hochschulen für angewandte Wissenschaften oder Fachhochschulen, die

insbesondere berufsbegleitende Studienangebote ermöglichen. Hinzu kommen 21 Universitäten, drei Kunsthochschulen und drei theologische Hochschulen sowie eine Verwaltungshochschule.

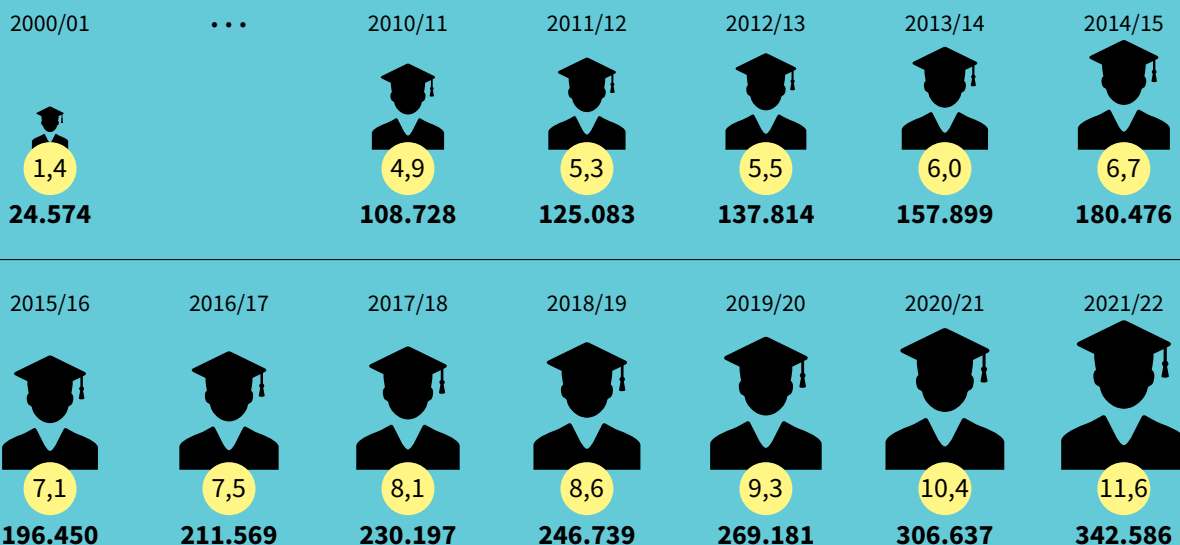
Obwohl sich private Hochschulen – anders als staatliche Einrichtungen – zu rund 80 Prozent über Studiengebühren finanzieren, entscheiden sich immer mehr Menschen für eine akademische Ausbildung an einer privaten Institution (Grafik):

Im Zeitraum zwischen 2011 und 2021 hat sich die Zahl der Studenten an privaten Hochschulen in Deutschland von 125.000 auf mehr als 342.000 nahezu verdreifacht.

Private Hochschulen: Immer beliebter

So viele Studenten waren im jeweiligen Wintersemester an einer privaten Hochschule in Deutschland eingeschrieben

■ Anteil an allen Studenten in Deutschland in Prozent



Da im selben Zeitraum die Gesamtzahl der Studenten nur um rund ein Viertel gestiegen ist, hat sich der Anteil der Privathochschüler an allen Hochschülern von rund 5 Prozent auf knapp 12 Prozent mehr als verdoppelt.

Der überwiegende Teil der Studenten an privaten Hochschulen befindet sich im Erststudium und strebt einen Bachelorabschluss an. Im Wintersemester 2021/22 war mehr als ein Drittel der Studenten in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben, rund 13 Prozent belegten Psychologie und jeweils 10 Prozent Sozialwesen und Gesundheitswissenschaften (ohne Medizin), zu denen Fächer wie Pflegewissenschaften, Gesundheitsmanagement und Gesundheitspädagogik zählen.

Im Bereich der Gesundheitswissenschaften waren an den privaten Hochschulen im Wintersemester 2021/22 mit rund 34.000 fast genauso viele Studenten eingeschrieben wie an öffentlichen Hochschulen (36.700). Letztere machten allerdings nur gut 1 Prozent aller Studenten an den öffentlichen Unis aus.

Warum sich Menschen in Deutschland für eine private oder öffentliche Hochschule entscheiden, hat nun das IW erstmals empirisch im Auftrag für den Verband der Privaten Hochschulen untersucht. Das häufigste Motiv ist dabei für beide Hochschulformen gleich (Grafik):

Das Interesse an den Studieninhalten ist beziehungsweise war für 82 Prozent der Studenten und Absolventen privater Hochschulen ausschlaggebend für die Wahl ihrer akademischen Einrichtung, an öffentlichen Hochschulen gilt dies für 83 Prozent.

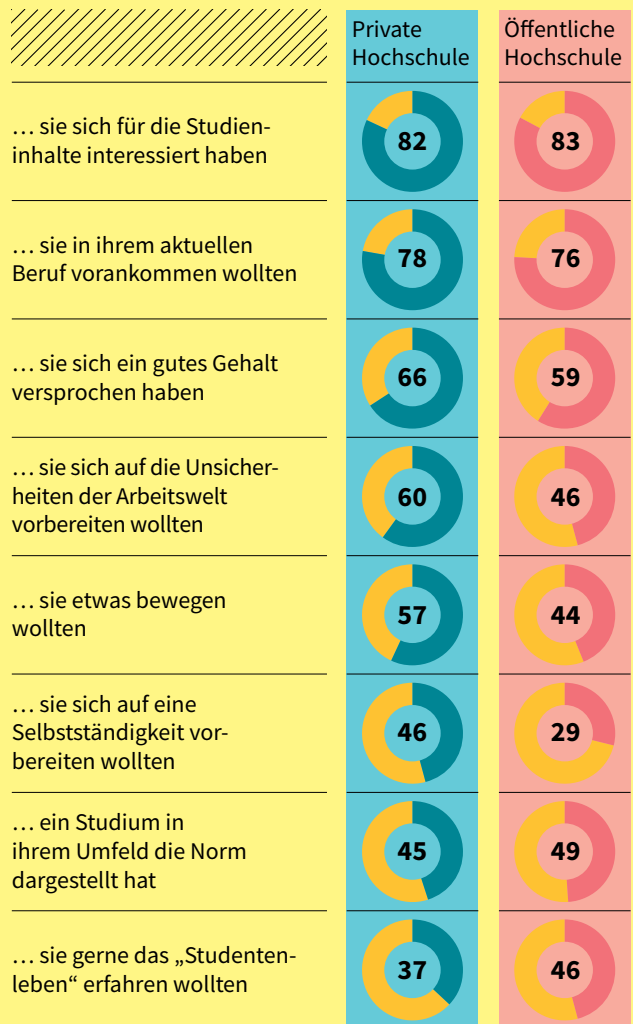
Ähnlich wichtig ist beiden Gruppen auch der Wunsch, im aktuellen Beruf voranzukommen. Deutlich mehr Wert legen Studenten und Absolventen privater Hochschulen als solche von öffentlichen Einrichtungen darauf, sich auf die Unsicherheiten der Arbeitswelt vorbereiten und „etwas bewegen“ zu wollen.

Noch größere Unterschiede gibt es hinsichtlich der Frage, inwieweit das Studium auf eine spätere Selbstständigkeit vorbereiten soll: Dieser Aspekt ist für 46 Prozent der Studenten und Absolventen privater Hochschulen relevant, aber nur für 29 Prozent derjenigen, die an einer öffentlichen Hochschule eingeschrieben sind oder waren. Hier spiegelt sich ein Merkmal der privaten Hochschulen wider: Sie vermitteln oftmals schwerpunktmäßig Managementfähigkeiten für das Unternehmertum.

Zufriedener als Studenten und Absolventen von öffentlichen Hochschulen sind Privathochschüler außerdem bezüglich der Praxisnähe und Betreuungsrelation ihrer gewählten Institution. Studenten, die für ein Teilzeit- oder Fernstudium an einer privaten Hochschule immatrikuliert sind, schätzen überdies die Flexibilität,

Privathochschüler: Was sie antreibt

So viel Prozent der Studenten und Absolventen haben sich für ein Studium an dieser Institution entschieden, weil ...



Befragung von 312 Studenten/Absolventen privater Hochschulen und 560 Studenten/Absolventen öffentlicher Hochschulen zwischen dem 29. März und dem 13. April 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



die in der deutschen Hochschullandschaft in dieser Form bislang eher selten ist.

Was berühmte Alumni angeht, können private Hochschulen übrigens inzwischen mit staatlichen Unis mithalten. So ist beispielsweise Marco Vietor, Mitgründer des weltweit größten Online-Hörgeräte-Anbieters audibene, Absolvent einer deutschen Privathochschule.

Gutachten

Matthias Diermeier, Wido Geis-Thöne: Private Hochschulbildung für eine resiliente Transformationsgesellschaft iwkoeln.de/private_hochschulen

Der falsche Fokus

Gesetzliche Krankenversicherung. Um die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren, plädieren die Vorsitzenden von SPD und Grünen für eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Doch das würde weder die Finanzlage nachhaltig verbessern noch dazu führen, dass die Ausgaben langsamer wachsen.

Der Auftrag ist klar: Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat das Gesundheitsministerium angesichts großer Finanzierungslücken in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgefordert, Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen sich die Finanzlage nachhaltig stabilisieren ließe. Konkret soll das Ministerium die Ausgaben herunterschrauben. Die Vorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Saskia Esken und Ricarda Lang, plädieren aber für

einen anderen Weg: eine höhere Beitragsbemessungsgrenze.

Das ist die Grenze, bis zu welcher Sozialabgaben auf das beitragspflichtige Einkommen anfallen. Würde die Beitragsbemessungsgrenze angehoben, könnten zusätzliche Einnahmen in die GKV fließen. Wie viel, das hat das IW in einer Simulation geschätzt.

Für eine exakte Berechnung fehlen aktuelle Daten dazu, wie hoch die beitragspflichtigen Einkommen

sind und wie sie sich verteilen. In älteren Statistiken kann indes nicht nachvollzogen werden, wie sich die Coronajahre auf die Verteilung der Einkommen ausgewirkt haben. Offen ist bislang auch, wie weit die Obergrenze angehoben werden soll.

Deshalb haben sich die Forscher zunächst auf den gesicherten Datenstand des Jahres 2019 konzentriert, um ein Gefühl dafür zu bekommen, welche Effekte auftreten können. Die Beitragsbemessungs-

Gesetzliche Krankenversicherung: Der Effekt höherer Bemessungsgrenzen

So viele Milliarden Euro würden in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mit diesen Bemessungsgrenzen fließen; Simulation auf Basis des Beitragsjahrs 2019



| | Beitragsbemessungsgrenze in Euro | Jährliche Beitragseinnahmen in Milliarden Euro | Veränderung gegenüber Istwert von 2019 in Prozent |
|---|----------------------------------|--|---|
| Istwert für 2019 | 4.537,50 | 236,1 | |
| Anhebung auf ... | | | |
| ... die Versicherungspflichtgrenze der GKV im Jahr 2019 | 5.000 | 241,2 | ↗ 2,2 |
| ... die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2019 | 6.806,30 | 251,9 | ↗ 6,7 |
| Verdoppelung der Bemessungsgrenze der GKV von 2019 | 9.075 | 257,0 | ↗ 8,8 |

Beitragsbemessungsgrenze: legt fest, bis zu welchem monatlichen Höchstbetrag das Einkommen eines Beschäftigten beitragspflichtig ist; Versicherungspflichtgrenze der GKV: monatliche Verdienstgrenze, bis zu der die Pflicht besteht, sich gesetzlich krankenzuversichern

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

grenze betrug damals 4.537,50 Euro, der durchschnittliche Beitragssatz 15,5 Prozent. Daraus ergibt sich folgende Schätzung (Grafik):

Mit einer Beitragsbemessungsgrenze von 5.000 Euro wären 2019 gut 5 Milliarden Euro zusätzlich in die GKV geflossen. Das entspricht einem Plus von 2,2 Prozent.

Damit hätte die Bemessungsgrenze in etwa auf dem Niveau der Versicherungspflichtgrenze gelegen, ab der gesetzlich Versicherte in die private Krankenversicherung wechseln durften.

Mit einer Anhebung auf das 1,5-Fache der bisherigen Bemessungsgrenze hätte man jene Obergrenze knapp übertroffen, die für den Beitrag zur Rentenversicherung galt. Das hätte bei konstantem Beitragssatz zusätzlich knapp 16 Milliarden Euro in die Kassen gespült (plus 6,7 Prozent), eine Verdoppelung der Bemessungsgrenze sogar fast 21 Milliarden Euro (plus 8,8 Prozent).

Wie aber lassen sich diese Berechnungen auf die aktuelle Situation übertragen?

Angenommen, das Einkommen jedes Beitragszahlers wäre seit 2019 genau mit der Wachstumsrate der Gesamtsumme gestiegen, dann würden sich die zuvor ermittelten Beträge allesamt um 14,6 Prozent erhöhen. Die GKV könnte also aktuell mit knapp 6 Milliarden Euro Mehreinnahmen rechnen, wenn die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Versicherungspflichtgrenze stiege. Eine Anhebung auf die für die Rentenversicherung geltende Obergrenze würde sogar rund 18 Milliarden Euro zusätzlich einbringen.

Selbst wenn diese Beträge ausreichen, alle Finanzlöcher im

kommenden Jahr zu stopfen, so wäre die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze alles andere als nachhaltig.

Denn künftig werden aufgrund der demografischen Entwicklung mehr Ältere in der umlagefinanzierten GKV sein. Die Ausgaben für diese Gruppe sind überdurchschnittlich hoch, die Kosten der GKV steigen



Um das Wachstum der GKV-Ausgaben zu bremsen, gilt es, den Wettbewerb um möglichst kostengünstige Versorgungsangebote zu stärken.



damit unweigerlich. Gleichzeitig wächst die Zahl der Rentner. Da deren beitragspflichtige Rente in der Regel geringer ist als das zuvor erzielte Erwerbseinkommen, gerät auch die Einnahmenseite der GKV unter Druck. Die Konsequenz: Auch mit einer höheren Bemessungsgrenze wird der Beitragssatz weiter steigen müssen.

Doch argumentieren die Parteivorsitzenden von SPD und Grünen gar nicht mit erhofften Mehreinnahmen, sondern mit einer vermeintlich gerechteren Verteilung der Beitragslasten. Und tatsächlich führt eine

höhere Bemessungsgrenze dazu, dass Besserverdienende vergleichsweise stärker belastet werden als Menschen mit geringem Einkommen. Ein solcher Effekt lässt sich aber auch mit unveränderten Gesamteinnahmen erreichen, wenn bei höherer Bemessungsgrenze gleichzeitig der Beitragssatz sinkt. Dann würden Geringverdienende nicht nur relativ entlastet, sondern auch mehr Netto vom Brutto haben. Allerdings bliebe das demografische Problem ungelöst.

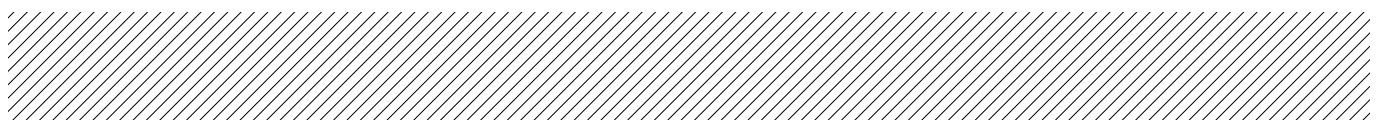
Deshalb ist es unerlässlich, dass die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung langsamer wachsen als bislang.

Eine Kürzung des Leistungskatalogs wäre wohl die unbeliebteste Variante. Erfolgversprechender wäre es, den Wettbewerb um möglichst kostengünstige Versorgungsangebote zu stärken. Dazu müssten die Versicherten allerdings auf die bislang kostenlose freie Wahl des Arztes verzichten. Wer sich zum Beispiel freiwillig auf das Netzwerk an Ärzten verlässt, das ihm seine Krankenkasse vorgibt, der könnte mit einem niedrigeren Beitrag rechnen. Denn je mehr Versicherte sich für einen kostengünstigen Tarif entscheiden, desto eher können Krankenkassen bessere Konditionen mit einzelnen Leistungsanbietern aushandeln. Das lohnt sich auch für die Ärzte, weil sie ihre Praxisauslastung besser kalkulieren können.

IW-Kurzbericht 39/2023

Jochen Pimpertz, Maximilian Stockhausen: Beitragslast steigt mit der Bemessungsgrenze

iwkoeln.de/bemessungsgrenze



Deutsche Gewinne – made in China

Direktinvestitionen. In den vergangenen Jahren ist immer mehr deutsches Unternehmenskapital nach China geflossen. Doch inwieweit profitiert Deutschland von den Geschäften deutscher Firmen an chinesischen Standorten? Das Institut der deutschen Wirtschaft hat versucht, diese Frage zu beantworten.

Schon seit geraumer Zeit ringt Deutschland – wie auch andere westliche Nationen – darum, das Verhältnis zu China neu zu justieren. Das gilt vor allem für die wirtschaftlichen Verbindungen. Die generelle Devise lautet: keine Abkopplung, aber weniger Abhängigkeit (siehe Kasten Seite 12).

Die harten Fakten weisen allerdings bislang nicht darauf hin, dass die deutschen Unternehmen eine Kehrtwende im Geschäft mit China

hinlegen. Die neuesten Daten der Deutschen Bundesbank zum Kapital, das deutsche Firmen in Produktionsstätten im Reich der Mitte investiert haben, zeigen das Gegenteil:

Mit 102,6 Milliarden Euro haben die deutschen Direktinvestitionsbestände im Jahr 2021 erstmals die Schwelle von 100 Milliarden Euro überschritten.

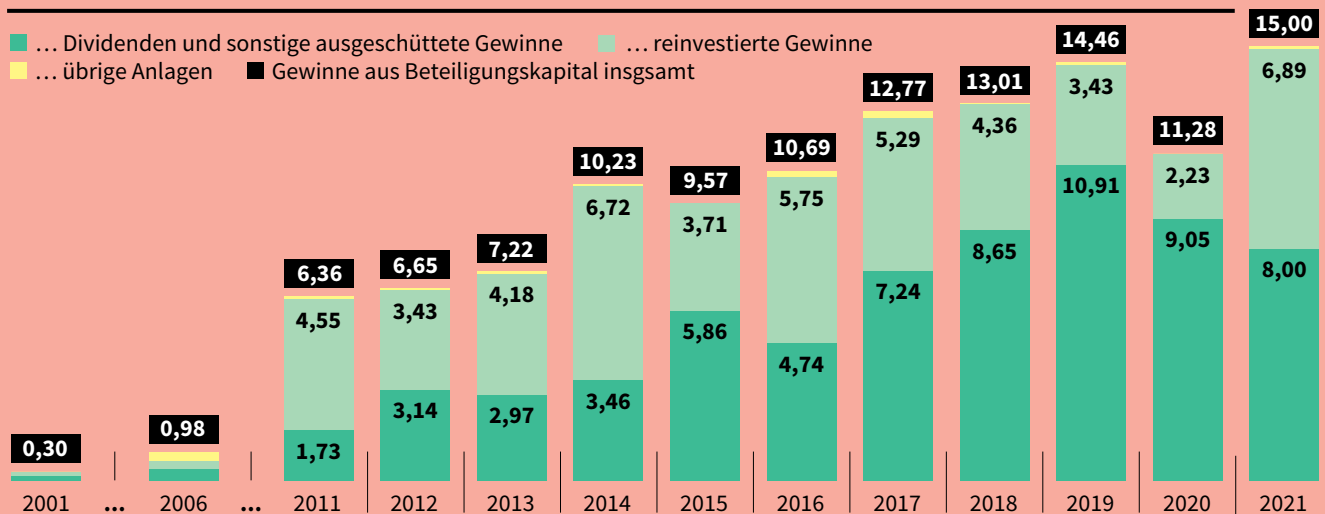
Im Jahr 2022 sind schätzungsweise weitere 11,5 Milliarden Euro an Direktinvestitionen in Betriebe an chi-

nesischen Standorten geflossen – ebenfalls ein Rekordwert.

Will man dieses Engagement der deutschen Wirtschaft in China bewerten, drängt sich eine Frage auf: Inwieweit profitiert Deutschland von der Produktion deutscher Firmen in Fernost? Ein wichtiger Aspekt dabei: In welchem Ausmaß fließen also Gewinne, die Unternehmen mit ihrem in China investierten Kapital erwirtschaften, nach Deutschland und stärken hier die Wirtschaft?

Direktinvestitionen in China: Wie die Gewinne verwendet werden

Von den Gewinnen, die mit dem von deutschen Unternehmen in China investierten Beteiligungskapital erzielt wurden, entfielen so viele Milliarden Euro auf ...



Werte zum Teil geschätzt;
Übrige Anlagen: u. a. Miet- und Pachteinnahmen

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Um hierauf eine Antwort zu finden, hat das IW bei der Bundesbank eine Sonderauswertung der Daten zu den sogenannten Primäreinkommen angefragt. Die Primäreinkommen sind Teil der Leistungsbilanz und erfassen die aus dem Ausland nach Deutschland beziehungsweise den deutschen Unternehmen zufließenden Einkommen. Dazu zählen unter anderem im Ausland erzielte Erwerbseinkommen, Einkünfte aus Wertpapieranlagen sowie Einkommen aus Direktinvestitionen. Auf diese richtet sich im Folgenden der Fokus – aus zwei Gründen:

Erstens machten die Direktinvestitionen im Jahr 2021 mit fast 73 Prozent den weitaus größten Anteil des deutschen Auslandsvermögens in China aus.

Die übrigen 27 Prozent entfielen auf Wertpapier- und sonstige Kapitalanlagen.

Zweitens stammten mehr als 96 Prozent der gesamten Primäreinkommen in Höhe von 15,6 Milliarden Euro, die 2021 von China nach Deutschland flossen, aus Direktinvestitionen. Bei diesen Zuflüssen handelte es sich fast ausschließlich um Einnahmen aus dem in China investierten Beteiligungskapital – Zinserträge, die in der Statistik ebenfalls zu den Direktinvestitionseinkünften gezählt werden, waren marginal.

Die Einnahmen aus dem Beteiligungskapital bestanden wiederum in den vergangenen Jahren überwiegend aus ausgeschütteten Gewinnen (Grafik Seite 10):

Von den Gewinnen in Höhe von 15 Milliarden Euro, die deutsche Unternehmen im Jahr 2021 mit ihrem Beteiligungskapital in China erwirtschafteten, schütteten sie 8 Milliarden Euro an ihre Anteilseigner nach Deutschland aus – etwa in Form von Dividenden.

Einnahmen aus Direktinvestitionen: Chinas Anteil steigt

So viel Prozent der ..., die Deutschland aus dem von deutschen Unternehmen weltweit investierten Beteiligungskapital erzielte, entfielen auf China



| | ... gesamten Einnahmen | ... Einnahmen aus Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinnen |
|------|------------------------|---|
| 2011 | 8,2 | 4,5 |
| 2012 | 9,9 | 7,8 |
| 2013 | 10,2 | 6,4 |
| 2014 | 14,5 | 7,7 |
| 2015 | 12,2 | 11,4 |
| 2016 | 11,9 | 9,1 |
| 2017 | 15,1 | 11,7 |
| 2018 | 11,2 | 12,8 |
| 2019 | 12,5 | 15,8 |
| 2020 | 12,3 | 13,9 |
| 2021 | 12,5 | 13,5 |

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Knapp 7 Milliarden Euro haben die deutschen Unternehmen in China reinvestiert.

In den Jahren zuvor war der Anteil der ausgeschütteten an den gesamten Gewinnen aus dem Beteiligungskapital teils noch deutlich höher – 2019 lag er bei fast 76, im Jahr darauf sogar bei gut 80 Prozent.

Die Frage, ob das größere Gewicht der reinvestierten Gewinne im Jahr 2021 ein vorübergehender Effekt oder ein neuer Trend ist, lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht beantworten. Es besteht allerdings die Vermutung, dass die in China tätigen ausländischen Unternehmen aufgrund des politischen Drucks aus Peking ihre Produktion zunehmend lokalisieren und dies aus reinvestierten Gewinnen finanzieren.

Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob die Einkommen aus Direktinvestitionen in China eine relevante Größe für Deutschland haben. Für die Antwort gilt es, die obigen Zahlen in den globalen Kontext einzuordnen (Grafik):

In den Jahren 2017 bis 2021 lag der Anteil Chinas an den gesamten Einnahmen, die Deutschland aus dem weltweit investierten Beteiligungskapital erzielte, zwischen gut 11 und rund 15 Prozent.

Ähnlich hoch war der Anteil, wenn man nur die Einnahmen aus nach Deutschland ausgeschütteten Gewinnen betrachtet.

Damit erweisen sich Direktinvestitionen in China als überdurchschnittlich lukrativ für Deutschland, beträgt der Anteil des in China angelegten Unternehmenskapitals von zuletzt 114 Milliarden Euro an allen deutschen Direktinvestitionsbeständen im Ausland doch nur gut 7 Prozent.

Dennoch sind die Einkünfte aus Direktinvestitionen in China – ungeachtet eines beachtlichen Wachstums in den vergangenen Jahren – absolut gesehen nach wie vor nicht außerordentlich hoch, wenn man sie mit den Zuflüssen aus anderen Regionen der Welt vergleicht:

Die im Jahr 2021 mit Direktinvestitionen in den EU-Staaten sowie dem Vereinigten Königreich erzielten Gewinne waren mit fast 73 Milliarden Euro nahezu fünfmal so hoch wie die Einnahmen aus China.

Die Erträge aus Beteiligungskapital in den USA blieben mit 10 Milliarden Euro lediglich um 5 Milliarden Euro hinter den in China erwirtschafteten Gewinnen zurück.

Betrachtet man speziell die nach Deutschland geflossenen Einkommen aus Dividenden und anderen ausgeschütteten Gewinnen, zeigt sich ein vergleichbares Bild – den Zuflüssen aus China in Höhe von zuletzt 8 Milliarden Euro stehen gut 5 Milliarden Euro aus den USA, aber fast 34 Milliarden Euro aus Europa gegenüber.

All diese mithilfe der Bundesbankdaten gewonnenen Erkenntnisse wurden durch eine Befragung von 36 großen Unternehmen ergänzt, die stellvertretend für das deutsche Engagement in China stehen – wobei diese Firmen nur zu einem geringen Teil detaillierte Angaben zu den dort erzielten Gewinnen und ihre Verwendung gemacht haben. Tendenziell ist die Bedeutung der in China getätigten Investitionen und erwirtschafteten Gewinne in Relation zum Auslandsgeschäft insgesamt für die vom IW befragten Unternehmen noch etwas höher, als es die Bundesbankdaten für die deutsche Wirtschaft insgesamt zeigen.

Sowohl die in China reinvestierten als auch an die Anteilseigner der deutschen Unternehmen ausgeschütteten Gewinne aus Direktinvestitionen

fließen als Primäreinkommen in die deutsche Leistungsbilanz ein. Inwieweit diese Einkommen – mittelbar, indem sie die Produktion am Standort China stärken, oder unmittelbar, indem sie in den heimischen Konsum fließen – in Deutschland die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen, lässt sich mit den verfügbaren Daten allerdings nicht vollständig klären. Es besteht also weiterer Forschungsbedarf, um die Eingangsfrage erschöpfend beantworten zu können.

Gutachten

Cora Jungbluth et al.: Gewinne deutscher Investoren in China – eine erste empirische Bestandsaufnahme, Gemeinschaftsgutachten des IW mit der Bertelsmann Stiftung, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Mercator Institute for China Studies
iwkoeln.de/gewinne-china

Wie abhängig ist Deutschland von China?

Die autoritäre Führung in Peking setzt außenpolitisch immer stärker auf Drohungen – Stichwort Taiwan – und versucht zunehmend, im Ausland ihre politischen Ziele mit wirtschaftlichen Mitteln wie Handelsboykotten durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund mehren sich in den westlichen Staaten die Stimmen, die darauf drängen, die ökonomische Abhängigkeit von China zu verringern.

In Deutschland wird die Debatte darüber allerdings oft zu undifferenziert geführt. Denn eine eindeutige Antwort darauf, wie abhängig die deutsche Wirtschaft von China ist, gibt es nicht – es kommt auf den jeweils betrachteten Aspekt an. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist die Abhängigkeit geringer, als manch aufgeheizte Diskussion vermuten lässt. So zeigt eine Analyse von Bundesbankdaten durch das IW, dass die Einnahmen, die Deutschland aus Direktinvestitionen in China erzielt, nach wie vor deutlich niedriger sind als die entsprechenden Gewinne aus Engagements in Europa (siehe voranstehenden Artikel). Zudem hängen schätzungsweise nur rund 3 Prozent aller deutschen Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Export nach China ab, selbst in der Industrie sind es im Branchendurchschnitt lediglich etwa 5 bis 6 Prozent (siehe iwd 4/2023).

Sorgen bereitet allerdings, dass in jüngster Zeit im Warenhandel mit China ein gravierendes Ungleichgewicht entstanden ist – vor allem aufgrund der stark gestiegenen Importe erhöhte sich das deutsche Handelsbilanzdefizit gegenüber

China im Jahr 2022 auf mehr als 84 Milliarden Euro (siehe iwd 5/2023).

Das ist auch deshalb problematisch, weil von den nach Deutschland importierten seltenen Erden, elektronischen Bauteilen sowie pharmazeutischen und chemischen Grundstoffen teils bis zu 100 Prozent aus China kommen. Sollten geopolitische Konflikte mit China ausbrechen, wäre Deutschland bei der Versorgung mit diesen Gütern wohl erpressbar.

Daher sollten deutsche Unternehmen solche Risiken schnell und konsequent verringern, indem sie verstärkt auf andere Lieferanten setzen. Die Politik muss dies flankieren, etwa indem sie den Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit anderen Partnerländern forciert.

Deutsche Unternehmen, die einen hohen Teil ihres Umsatzes und Gewinns in China erwirtschaften, wären im Fall politischer Verwerfungen mit China vermutlich ebenfalls erpressbar. Dieses Risiko zu minimieren, ist vorrangig Aufgabe der Firmen selbst – betriebliche Verluste, die im Konfliktfall entstehen könnten, dürfen nicht dem Staat und damit am Ende den Steuerzahlern zugeschoben werden.

IW-Kurzbericht 35/2023

Jürgen Matthes: Deutsche Direktinvestitionen in China – Kaum Diversifizierung
iwkoeln.de/direktinvestitionen-china

Zustimmung trotz Zweifeln

Sanktionen. Die große Mehrheit der Bundesbürger steht hinter den Sanktionen gegen Russland – und das, obwohl viele glauben, dass die Maßnahmen der deutschen Wirtschaft stärker schaden als der russischen. Wie stark die Zustimmung zur Sanktionspolitik ausfällt, hängt zu einem guten Teil von der politischen Präferenz ab.

Lange war der Iran das Land, gegen das weltweit die meisten Sanktionen verhängt wurden. Doch der unrühmliche Spitzenplatz geht seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an Moskau:

Mit mehr als 15.000 aktiven Sanktionen gegen Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen waren im Mai 2023 weltweit die meisten Zwangsmittel gegen Russland verhängt.

Die Europäische Union hat mittlerweile zehn Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet, ein elftes ist geplant. Die Beschlüsse gelten auch für Deutschland und werden von der Bundesregierung unterstützt. Wie die Bevölkerung hierzulande zu dieser Marschroute steht, zeigt die IW-Personenbefragung vom Februar und März 2023 (Grafik):

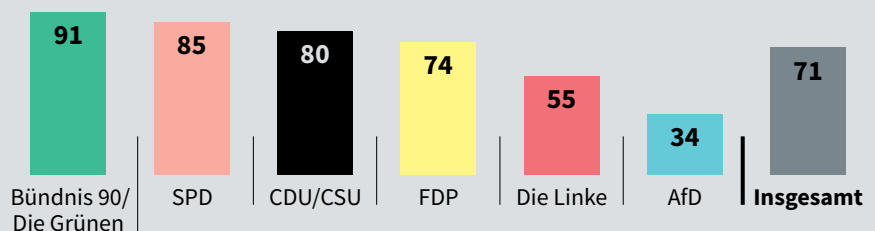
Die Sanktionen gegen Russland befürworten 71 Prozent der über 18-jährigen Bundesbürger.

In Westdeutschland sprechen sich 73 Prozent der Einwohner dafür aus, die bestehende Sanktionspolitik beizubehalten oder sogar zu verschärfen. Im Osten fällt die Zustimmung geringer aus, mit 56 Prozent steht aber dennoch eine Mehrheit hinter den Maßnahmen.

Große Unterschiede gibt es je nach politischer Präferenz: 91 Prozent der Grünen-Anhänger unterstützen die Sanktionen, auch bei der SPD (85 Prozent), der Union (80 Prozent)

Mehrheit unterstützt Russland-Sanktionen

So viel Prozent der Bundesbürger mit dieser politischen Präferenz sind der Meinung, der Staat sollte die aktuelle Russlandpolitik beibehalten oder verschärfen



Befragung von 4.899 Bundesbürgern ab 18 Jahren vom 27. Februar bis zum 6. März 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

und der FDP (74 Prozent) sind die Befürworter deutlich in der Überzahl. Unter den AfD-Sympathisanten sprechen sich dagegen zwei Drittel gegen die aktuelle Russlandpolitik aus. Ein gespaltenes Bild geben die Anhänger der Linkspartei ab: Im Westen stehen rund 60 Prozent dieser Wählergruppe hinter den Sanktionen, im Osten überwiegen mit 58 Prozent die Gegner.

Dass sich die politische Situation mittelfristig normalisiert, glauben hierzulande nur wenige; 86 Prozent der Bevölkerung halten Russland auch in den kommenden zehn Jahren nicht für einen verlässlichen Handelspartner. Vor diesem Hintergrund besonders interessant:

Fast drei Viertel der Bundesbürger glauben, dass die eingefrorenen Handelsbeziehungen der deutschen Wirtschaft mehr schaden als der russischen.

Dass trotzdem so viele Menschen die Sanktionen befürworten, zeigt die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Kosten aus Solidarität mit der Ukraine hinzunehmen.

Soll Putins Kriegswirtschaft weiter geschwächt werden, darf der Sanktionsdruck nicht nachlassen. Will sich die Bundesregierung bei ihrer Russlandpolitik auch langfristig die mehrheitliche Zustimmung der Bürger sichern, sollte sie konsequent den Weg einer Energie- und Wachstumspolitik ohne russische Energieträger fortsetzen, sodass der Schaden durch die Zwangsmittel für die heimische Wirtschaft auf ein Minimum begrenzt wird.

IW-Kurzbericht 37/2023

Matthias Diermeier, Melinda Fremerey:

Solidarische Sanktionsmehrheit

iwkoeln.de/sanktionsmehrheit

Klimaschutz am Schreibtisch

Nachhaltigkeit. Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen, vor denen Gesellschaft und Wirtschaft derzeit stehen. Neben der Politik und den einzelnen Verbrauchern sind auch Unternehmen gefragt, nachhaltiger zu handeln. Das IW hat berechnet, was sich mit kleinen Verhaltensänderungen im Büroalltag für das Klima tun lässt.

Das Ziel steht schon länger fest: Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Damit das gelingt, müssen alle mit anpacken – vom großen Energieversorger bis zum kleinen Privathaushalt. Was können zum Beispiel Firmen tun, damit ihre Angestellten im Büro zum Klimaziel beitragen? Anders als in den eigenen vier Wänden haben Mitarbeiter im Büro keinen direkten finanziellen Vorteil, wenn sie im Arbeitsalltag Energie sparen.

An dieser Stelle kommt das sogenannte Green Nudging ins Spiel – abgeleitet vom englischen „to nudge“: jemanden (vorsichtig) anstoßen. Im verhaltensökonomischen Kontext heißt das:

Menschen sollen ohne Zwang oder Verbote dazu gebracht werden, sich umweltfreundlicher zu verhalten.

Im Büro könnten das zum Beispiel regelmäßige E-Mails zum Stromverbrauch sein. Mitarbeiter werden so daran erinnert, dass sie abends das Licht oder während der Mittagspause ungenutzte Computerbildschirme ausschalten sollten. Das gleiche Prinzip lässt sich auch auf den Spritverbrauch von Dienstwagen anwenden. Indem die Fahrer per Mail oder App vor Augen geführt bekommen, wie viel Kraftstoff sie pro Strecke oder in einem bestimmten Zeitraum verbrauchen, werden sie

sich der Klimaschädlichkeit ihres Fahrverhaltens bewusst und nehmen – so die Theorie – häufiger die Bahn oder das Rad, um zum Arbeitsort zu gelangen.

Das gleiche Ziel verfolgt die Idee eines Fahrradwettkampfs zwischen den Abteilungen eines Unternehmens. Weniger von Informationen zum eigenen CO₂-Verbrauch als von Teamgeist und Wetteifer motiviert, sollen so möglichst wenige Mitarbeiter mit dem eigenen Auto zur Arbeit kommen. Deutschlands Hauptstadt zeigt, wie das funktionieren kann: Bei dem Projekt „Wer radelt am meisten?“ traten 24 Berliner Unternehmen von August bis September 2022 gegeneinander an und dokumentierten ihre Fahrradkilometer via App. In diesem Zeitraum radelten die rund 2.000 teilnehmenden Mitarbeiter mehr als eine Million Kilometer zur Arbeit.

Rein auf den Büroalltag gemünzt, geht das IW davon aus, dass sich mit verhaltensökonomischen Impulsen bis zu 6,5 Prozent Strom einsparen ließen. Auf dieser Basis haben die Forscher untersucht, wie stark der CO₂-Verbrauch in Büros durch Green Nudging reduziert werden könnte (Grafik):

Wenn in allen Bürogebäuden der sieben größten deutschen Städte der Stromverbrauch um 6,5 Prozent sinken würde, könnte

die Bundesrepublik jährlich mehr als 176.000 Tonnen CO₂ sparen.

Das entspricht in etwa dem jährlichen CO₂-Fußabdruck von 21.800 Bundesbürgern.

Und es wäre nicht nur ein Gewinn für den Klimaschutz, sondern käme auch den Firmen selbst zugute: Würde in allen Büros in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, München und Stuttgart der Stromverbrauch um besagte 6,5 Prozent reduziert, könnten die Unternehmen jährlich rund 168 Millionen Euro sparen.

Mit Green Nudging allein werden sich die Klimaziele allerdings nicht erreichen lassen. Der Ansatz hat seine Grenzen – nicht zuletzt, weil jeder Mensch unterschiedlich darauf reagiert.

Vor dem Hintergrund, dass Nudging-Maßnahmen für Firmen im Vergleich zu anderen klimafreundlichen Mitteln wie dem ressourcenschonenden Bauen oder dem Umstieg auf Ökostrom wesentlich günstiger und einfacher zu realisieren sind, ist ihr CO₂-Einsparpotenzial dennoch nicht zu unterschätzen.

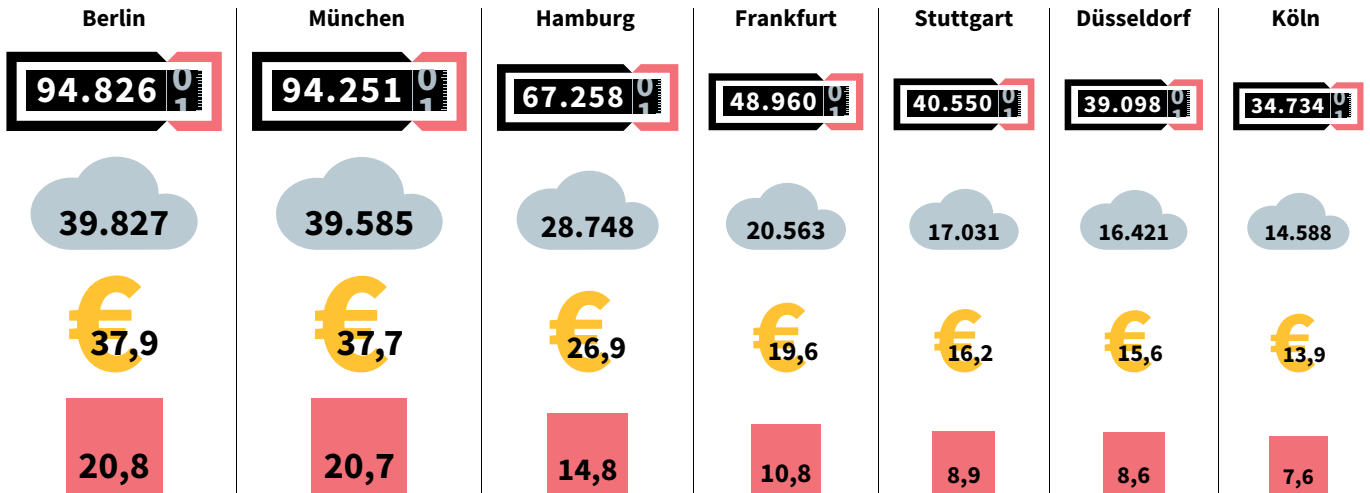
IW-Report 26/2023

Dominik Enste, Jennifer Potthoff:
Behavioral Economics in Companies:
Nudging green behavior
iwkoeln.de/green_nudging

Energiesparen im Büro

So viele ... ließen sich bei einer Senkung des Stromverbrauchs um 6,5 Prozent in Deutschlands größten Bürostädten sparen

■ ... Kilowattstunden ■ ... Tonnen CO₂ ■ ... Millionen Euro ■ Genutzte Bürofläche in Millionen Quadratmeter



Basis der Berechnung: jährlicher Verbrauch von 70 Kilowattstunden pro Quadratmeter bei einem Strompreis von 40 Cent pro Kilowattstunde

Quellen: Bundesnetzagentur, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Dixon et al. (2015), Jones Lang LaSalle, Rheinreal, Stadtwerke Gießen AG, Umweltbundesamt, Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwD

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwD@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwD@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

5,8 Millionen

Jobs in Deutschland waren rein rechnerisch betroffen, als die Bundesregierung den gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro je Stunde erhöhte – so das Statistische Bundesamt. In 14,8 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse lag der Stundenlohn zuvor unterhalb der 12-Euro-Grenze.

Besonders hoch war dieser Anteil mit 18 Prozent bei Jobs, die von Frauen ausgeübt wurden – Männer waren nur zu gut 12 Prozent betroffen. Von allen Bundesländern kam Sachsen-Anhalt auf den höchsten Anteil, dort wirkte sich die Mindestlohn-anhebung auf fast 19 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse aus. Am niedrigsten war die Quote in Baden-Württemberg mit knapp 13 Prozent.

Auf der Branchenebene hatte die Steigerung des Mindestlohns den größten Effekt auf Kellner, Köche und Co. – in 48 Prozent aller Tätigkeiten im Gastgewerbe lag der Stundenverdienst vor Oktober 2022 unter 12 Euro. In der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei betrug der Anteil 41 Prozent.

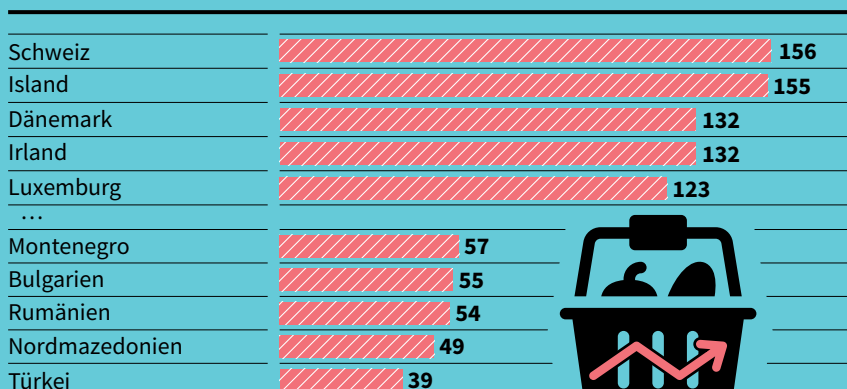
Legt man den aktuellen Mindestlohn auf alle 5,8 Millionen zuvor geringer vergüteten Jobs an, ergibt dies im Schnitt einen um 9,6 Prozent höheren Verdienst.

Top-Liste: Preisniveaus in Europa

Ja, die teure Schweiz mal wieder. Kein Wunder, dass sich deutsche Touristen den Kofferraum mit Lebensmitteln beladen, bevor sie in einen der Kantone reisen. Denn in der Schweiz sind die Preise im Schnitt gut anderthalbmal so hoch wie in der Bundesrepublik – damit ist das Preisniveau in der Eidgenossenschaft das höchste in Europa. Deutlich günstiger ist das Leben dagegen in vielen süd- und osteuropäischen Ländern. In Bulgarien, Rumänien und Nordmazedonien beispielsweise ist im Durchschnitt alles nur rund halb so teuer wie in Deutschland. Das türkische Preisniveau war im Februar sogar noch niedriger. Mit welchen Kosten speziell Urlauber aus Deutschland im europäischen Ausland rechnen müssen, hat nun das Statistische Bundesamt berechnet. Demnach sind Hotels und Restaurants in Griechenland im Schnitt 21 Prozent billiger als in Deutschland, in Portugal und Malta sogar 28 Prozent. Noch günstiger ist es in Montenegro und Rumänien, wo Essen und Unterkunft rund 46 Prozent weniger kosten als in der Bundesrepublik.

Lebenshaltungskosten: In der Schweiz am höchsten

Höchste und niedrigste Preisniveaus von 34 europäischen Staaten im Februar 2023, Deutschland = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd